

Wahlprüfsteine Feministische Vertretung - Die Linke Bonn

(Juni 2025)

1. Stadtpolitik & Verwaltung

- *Die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene, 2006 verabschiedet vom Europäischen Rat der Gemeinden und Regionen, wurde 2007 von der Stadt Bonn unterzeichnet. Hat Ihre Partei einen Aktionsplan zur Umsetzung? Wie möchte Ihre Partei zur Umsetzung beitragen.*
- *Wird Ihre Partei sich für die Ratifizierung und Umsetzung der aktualisierten Charta von 2022 einsetzen? Welche Maßnahmen hat Ihre Partei geplant?*
- *Setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass in Bonn ein Gleichstellungsausschuss, eingesetzt wird*
- *Was plant Ihre Partei zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in Bonn? Was wird Ihre Partei tun, um bereits bei Planung und Umsetzung von Maßnahmen Geschlechtergerechtigkeit als Ziel zu integrieren?*
- *Wie setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass die Bonner Stadtverwaltung dem Stadtrat und der Stadtgesellschaft regelmäßig über die Auswirkungen städtischen Handelns auf das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit berichtet? Welche Ressourcen wollen Sie dafür zur Verfügung stellen?*
- *Was plant Ihre Partei, um die Vorgaben des Landesgleichstellungsgesetzes (§12 Abs. 1 LGG nennt eine Quote von 40% Frauen) in die Satzungen der städtischen Tochterunternehmen und Beteiligungsgesellschaften aufzunehmen und damit § 2 Abs. 2 LGG NRW umzusetzen?*
- *Wie setzt sich Ihre Partei für eine paritätische Besetzung des Stadtrates, der städtischen Kommissionen, Jürs, Beiräte etc. ein?*
- *Welche Schritte unternimmt Ihre Partei, um Mandatsträger*innen mit familiären Verpflichtungen die Teilnahme an Sitzungen zu ermöglichen?*
- *Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um in der nächsten Legislaturperiode Gender Budgeting einzuführen und umzusetzen?*
- *Was möchte Ihre Partei dafür tun, die ILO-Kernarbeitsnormen in die Ausschreibungen und Förderungen der Stadt Bonn zu integrieren, damit Geschlechtergerechtigkeit und soziale Belange besser berücksichtigt werden können?*
- *In der Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Bonn werden im Themenfeld „Gesellschaftliche Teilhabe und Gender“ zwei operative Ziele zu Geschlechtergerechtigkeit genannt, die sich vor allem auf den Bereich der Personalentwicklung in der Stadtverwaltung beziehen. Halten Sie dies für ausreichend?*

Verbindliche Gleichstellung statt symbolischer Nebenpolitik

Die Linke Bonn bekennt sich zur **Europäischen Gleichstellungscharta** und begrüßt für ihre Umsetzung auf kommunaler Ebene einen Aktionsplan, der nicht in Erklärungen stecken bleibt, sondern in allen städtischen Bereichen konkrete Maßnahmen auslöst – von der Personalentwicklung bis zur Bauplanung. Ein Papiertiger muss unbedingt vermieden werden: Wir fordern, von vornherein konkrete Maßnahmen zu entwickeln.

Gleichstellungspolitik darf nicht ausgelagert werden. Wir betrachten sie als **Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche**. Die Forderung nach einem Gleichstellungsausschuss bewerten wir differenziert. Ein Gremium alleine ist keine Garantie für eine ernsthafte und tatsächlich in der ganzen erforderlichen Breite wirksame Gleichstellungspolitik. Bei städtischen Beiräten und Unterausschüssen haben wir schon mehrfach erlebt, dass die Forderung nach eigenständigen Gremien dann in der Praxis leergelaufen ist. Das muss beim Thema Gleichstellung unbedingt vermieden werden. Wir setzen uns grundsätzlich für **paritätisch besetzte Gremien** sowie für paritätisch besetzte Wahlvorschlagslisten ein und leben dies auch in unserer Arbeit. Wir werden auch einem Gleichstellungsausschuss nicht entgegenstehen und diesen im Fall der Einrichtung vielmehr dabei unterstützen, möglichst große Wirkmächtigkeit zu entfalten. Das ist ein Ziel, das schwieriger zu erreichen ist, als die bloße Gremieneinrichtung und hieran wollen wir gerne mit allen Interessierten arbeiten.

Ökonomische Unabhängigkeit von FLINTA - unser Schwerpunkt

Wir wollen, dass Frauen und FLINTA ökonomisch unabhängig leben können – frei von Gewalt, Armut und Abhängigkeit. Deshalb fordern wir:

- Vergabe von mindestens 50 % der Ausbildungsplätze bei der Stadt Bonn an FLINTA-Personen, insbesondere in technischen und handwerklichen Berufen
- Ausbau von Qualifizierungsprogrammen für erwerbslose Menschen in Pflege- und Care-Verantwortung
- gezielte Förderung von FLINTA-Vorhaben und -Gründungen durch z.B. Zugang zu städtischen Fördermitteln, Arbeitsräumen und Coachings

Wir betrachten Ökonomie und Gleichstellung nicht getrennt, sondern als strukturell miteinander verflochten.

Gender Budgeting kann dabei helfen, transparenter zu machen, wie sich öffentlicher Ressourceneinsatz auf die gesellschaftlichen Verhältnisse und damit auch die Geschlechterverhältnisse auswirkt. Das ist ein spannender und wichtiger Ansatz. Zugleich wollen wir die Erwartungen hieran nicht zu hoch hängen. Seit vielen Jahren engagiert sich Bonn im Bereich des wirkungsorientierten Haushaltes bzw. des Nachhaltigkeitshaushaltes. Um es offen zu sagen: eine wirksame und nachhaltige Steuerung des städtischen Mitteleinsatzes wurde hierüber bisher auf der Ebene der Haushaltssystematik nicht ermöglicht. Das gilt es bei aller Aufgeschlossenheit für den Ansatz realistisch einzuschätzen. In der Sache ist für uns aber klar, dass eine echte Umverteilung von Ressourcen hin zu jenen, die bislang zu wenig bekommen - besonders auch FLINTA, queeren Personen, Migrant*innen und Alleinerziehenden angesagt ist und dafür braucht es mehr Transparenz über die Auswirkungen kommunaler Geldflüsse.

Gleichstellung konkret in die Verwaltung bringen

Wir fordern:

- eine paritätische Besetzung von Aufsichtsräten, Kommissionen und Gremien
- geschlechtergerechte Sprache in allen Verwaltungsdokumenten
- Regelberichterstattung der Verwaltung zur Geschlechterwirkung ihres Handelns
- verbindliche Diversity- und Gleichstellungsklauseln in den Satzungen städtischer Gesellschaften
- Schulungen für Verwaltungsmitarbeitende in geschlechtsspezifischer Diskriminierung, Antisexismus, Antirassismus und Queersensibilität
- den Aufbau einer unabhängigen Beschwerdestelle bei Diskriminierungserfahrungen

Gleichstellungsausschuss – kritisch-solidarische Position

Wir sehen die Einrichtung eines Gleichstellungsausschusses differenziert. Grundsätzlich begrüßen wir institutionelle Räume für Gleichstellungspolitik. Gleichzeitig teilen wir die Sorge, dass ein solcher Ausschuss zur „**Politikverlagerung**“ führen kann - hin zu einer Expert*innenrunde, in der dann meist nur Frauen sitzen und wo Gleichstellung als „Nischenthema“ behandelt wird.

Unser Ziel ist: **Gleichstellung muss Querschnitt und politisches Leitprinzip in allen Ausschüssen sein** - nicht nur im Gleichstellungsausschuss. Deshalb muss ein Gleichstellungsausschuss sich auch stark mit anderen Ausschüssen vernetzen, eine gleichberechtigte Ressourcen-Ausstattung und eine paritätische Besetzung gewährleistet werden, die nicht nur „Frauenthemen“ behandelt, sondern feministische Perspektiven auf alle kommunalen Fragen eröffnet.

Zusammengefasst:

Die Linke Bonn steht für eine feministische, gerechte, intersektionale Stadtpolitik. Wir wollen Gleichstellung nicht nur in Form eines Gremiums, sondern als **konkrete Veränderung in Machtverhältnissen, Ressourcenverteilung und öffentlicher Sichtbarkeit** – für eine Stadt, in der FLINTA, queere Personen und alle Marginalisierten selbstbestimmt leben können.

2. Stadtentwicklung/öffentlicher Raum

- *Was will Ihre Partei tun, um die objektive und subjektive Sicherheit von Mädchen, Frauen und queeren Personen in Bonn zu erhöhen?*

- *Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um mehr finanzierbaren Wohnraum, insbesondere für Alleinerziehende und Menschen mit geringem Einkommen oder kleiner Rente zu schaffen?*
- *Was hält Ihre Partei von der Umbenennung von Straßen, öffentlichen Gebäuden und Plätzen, um Frauen und queere Personen sichtbarer zu würdigen?*

Sicherheit

Wenn über Sicherheit im öffentlichen Raum gesprochen wird, stehen schnell „dunkle Ecken“ im Fokus – mit der Folge, dass Maßnahmen wie mehr Beleuchtung oder Videoüberwachung vorgeschlagen werden. Doch Die Linke Bonn warnt davor, hier vorschnell auf subjektive Wahrnehmung zu reagieren, statt sich auf reale, statistisch belegte Gefährdungslagen zu konzentrieren.

Die meisten Übergriffe auf FLINTA*-Personen (Frauen, Lesben, inter, nicht-binäre, trans und agender Personen) erfolgen nicht auf öffentlichen Plätzen, sondern im sozialen Nahfeld – also zu Hause, im Bekanntenkreis oder in (Aus-)Bildungs- und Arbeitskontexten. Wer Gleichstellungspolitik wirklich ernst meint, muss dort ansetzen: mit mehr Schutzplätzen, mit Beratung, mit Prävention – nicht nur mit Scheinmaßnahmen im Stadtraum. Aus dem Grund haben wir in der vergangenen Wahlperiode auch durchgesetzt, dass die Mittel der Stadt für Frauenhäuser signifikant erhöht werden. Das muss beibehalten und ausgebaut werden.

Dennoch: Die Sicherheit von FLINTA* muss auch im öffentlichen Raum verbessert werden. Um herauszufinden, was die konkreten Maßnahmen dafür sind, wünschen wir uns geschlechtersensible Planung und Beteiligung von FLINTA* an frühzeitigen Planungsprozessen.

Wohnen

Bezahlbares Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit – und für viele FLINTA*-Personen eine existenzielle. Besonders Alleinerziehende, Rentner*innen mit kleiner Rente oder queere Menschen sind überdurchschnittlich häufig von Wohnungsnot oder Verdrängung betroffen.

Die Linke Bonn fordert daher eine klare und verbindliche Sozialwohnungsquote: Möglichst 100 % der Neubauten auf städtischem Boden müssen sozial- oder preisgedämpfte Wohnungen sein, bei Bebauungsplänen auf privaten Grundstücken gilt eine Quote von 50%. Diese Regelung soll konsequent auch in zentralen und bisher hochpreisigen Stadtteilen wie der Südstadt gelten – etwa bei der Entwicklung des Ermekeil-Areals. Für uns ist soziale Durchmischung kein Lippenbekenntnis, sondern Anspruch an die städtische Planung.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine kommunale Bodenvorratspolitik ein: Die Stadt soll Grundstücke aufkaufen und langfristig in öffentlicher Hand halten, um selbst Einfluss auf Mieten und Wohnformen zu behalten. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft wird in ihrer sozialen Verantwortung gestärkt, unter anderem durch gezielte Wohnungsvergabe an Alleinerziehende, ältere FLINTA*-Personen und andere besonders benachteiligte Gruppen.

Als linke Partei treten wir auch für neue Wege in der Wohnungslosenhilfe ein: mit Housing-First-Projekten und einer Abschaffung von Sammelunterkünften zugunsten sicherer Einzelunterbringung - insbesondere für wohnungslose Frauen, die häufig sexualisierter Gewalt ausgesetzt sind.

Wir fordern:

- Eine aktive Bodenpolitik: die Nutzung des städtischen Vorkaufsrechts, den Ankauf von Wohnbauflächen und Wohnungsbeständen
- Die Rekommunalisierung der Wohnungsbestände durch Rückkauf von großen Immobilienkonzernen
- Eine Grundstücksvergabe nach Konzept statt nach Preis, bevorzugt an die VEBOWAG oder gemeinnützige Genossenschaften zu vergünstigten Konditionen
- Die Stärkung der VEBOWAG, insbesondere finanziell, zur Ausweitung des kommunalen Wohnungsbaus und -bestandes; Reinvestitionen statt Ausschüttungen an die Stadtkasse, kein Verkauf von Wohnungen an renditeorientierte Träger*innen
- Den Ausbau von Sozialwohnungen mit dauerhafter Sozialbindung: Ziel 1000 Wohnungen im Jahr
- Die Förderung genossenschaftlicher (Wohn-)Projekte
- Den Beibehalt der Erbpacht statt Verkauf öffentlichen Grund und Bodens

- Orientierung von Mietspiegeln an Bestandsmieten, um Mietsteigerungen zu begrenzen
- Die Stärkung der kommunalen Wohnaufsicht, um gegen Mietwucher und Missstände vorzugehen
- Strukturen zur Beteiligung und Mitbestimmung der Mieter*innen bei der VEBOWAG

Sichtbarkeit weiblicher und queerer Geschichte in Bonn

Geschlechtergerechtigkeit beginnt auch mit Sichtbarkeit. Deshalb fordern wir:

- mehr Straßen, Plätze und öffentliche Einrichtungen, die nach FLINTA-Personen benannt sind
- dauerhafte Absicherung von frauen- bzw. flintaspezifischen Institutionen, z.B. Frauenmuseum Bonn
- städtische Unterstützung von Vorhaben zum Thema Erinnerungskultur für queere und feministische Geschichte in Bonn (z. B. Gedenktafeln, Stadtrundgänge, digitale Archive)

3. Sexistische und sexualisierte Gewalt

- *Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um Frauen, insbesondere Frauen mit Migrationsgeschichte und Queers vor Gewalt zu schützen?*
- *Wie will sich Ihre Partei für die Zielquoten der Istanbul-Konvention (Prävention, Schaffung von Schutzplätzen, Beratungsstellen, Erfassung von geschlechtsspezifischer Gewalt) einsetzen?*
- *Geschlechtergerechtigkeit für Bonn - Wahlprüfsteine - Kommunalwahl 2025 Was will Ihre Partei gegen Gewalt in der Geburtshilfe tun?*
- *Was will Ihre Partei für die Planung, Umsetzung und Finanzierung von breit angelegten Schutz- und Präventionskonzepten gegen sexuelle Belästigung und Diskriminierung im Öffentlichen Raum unternehmen?*
- *Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um ausreichend Schutzräume für Mädchen, Frauen und queere Personen zu erhalten? Wie möchte Ihre Partei Mädchen, Frauen und queere Personen in die Präventions-, Beratungsarbeit und Nachsorge einbeziehen?*
- *Welche Schritte will Ihre Partei gegen sexistische Werbung an öffentlichen Werbetafeln unternehmen?*
- *Was will Ihre Partei tun, damit mehr Sensibilisierungstrainings und Präventionskonzepte für Polizei und Gesundheitsfachpersonal, im Umgang mit den Betroffenen von sexualisierter Gewalt durchgeführt werden?*

Wir schaffen Schutzräume, setzen auf Prävention und wollen echte politische Verantwortung übernehmen: Für eine Stadt, in der niemand Angst haben muss, FLINTA* zu sein.

Schutz für FLINTA, migrantische Frauen und Queers:

Wir setzen uns für mehr Schutzräume, niedrigschwellige Beratung und sichere, traumasensible Unterbringung ein. Ein zusätzliches Frauenhaus, gesicherte Finanzierung für Einrichtungen wie TuBF, GAP, Azade und mehrsprachige Angebote sind für uns zentral. Gewaltprävention darf nicht an Herkunft oder Aufenthaltsstatus scheitern.

Umsetzung der Istanbul-Konvention

Wir fordern einen Schutzplatz je 7.500 Einwohner*innen, flächendeckende Beratungsstellen und eine eigene städtische Koordinierungsstelle. Geschlechtsspezifische Gewalt muss systematisch erfasst und bekämpft werden - auch queerfeindliche Gewalt und Mehrfachdiskriminierung.

Gewalt in der Geburtshilfe

Wir wollen hebammengeleitete Kreißsäle, ein städtisches Hebammenzentrum und eine Beschwerdestelle für Gewalt (auch in Kliniken). Geburt muss würdig, sicher und selbstbestimmt sein.

Prävention im öffentlichen Raum

Wir setzen auf Schutzkonzepte für ÖPNV, Clubs und Sportstätten, eine queersensible Awareness-Kampagne und einen kommunalen Präventionsfonds. Symbolpolitik reicht nicht. Wir brauchen Haltung und konkrete Strukturen.

Schutzräume & Beteiligung

Bestehende Schutzräume müssen abgesichert, neue Empowerment-Orte geschaffen und Betroffene konsequent beteiligt werden - etwa über Queer- und Mädchenzentren.

Trainings für Polizei & Gesundheitsberufe

Sensibilisierung gegen sexualisierte Gewalt, Queerfeindlichkeit und Rassismus muss Pflicht sein – regelmäßig, verbindlich, mit Beteiligung lokaler Fachstellen.

4. Kinderbetreuung, Bildung

- *Welche Konzepte hat Ihre Partei gegen den Betreuungsnotstand und wie stellt sie sich qualifizierte und bedarfsgerechte Kinderbetreuungsangebote in Bonn vor?*
- *Was plant Ihre Partei, um an Schulen und im Freizeitbereich mehr gegen Sexismus, Rassismus, Diskriminierung und Antifeminismus zu tun?*
- *Wie setzt sich Ihre Partei für Projekte der Aufklärung und Information an Schulen zur Situation von queeren Personen ein?*
- *Wie setzt sich Ihre Partei für eine kritische Auseinandersetzung mit Geschlechterrollen, Männlichkeits- und Schönheitsidealen sowie die verstärkte Einbeziehung von Jungen und Männern in die familiäre Sorgearbeit ein?*

Gegen den Betreuungsnotstand

Wir fordern einen flächendeckenden Ausbau von Kitas und OGS-Plätzen mit fairer Bezahlung und besseren Arbeitsbedingungen für pädagogische Fachkräfte. Kitas und Offene Ganztagschulen müssen gebührenfrei und inklusiv sein. Wir setzen uns für Kita-Neubauten mit quartiersbezogenem Bedarf ein, besonders in unterversorgten Stadtteilen. Kinderbetreuung ist keine Randaufgabe, sondern Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe – gerade für FLINTA*-Personen.

Gegen Sexismus, Rassismus und Antifeminismus an Schulen und im Freizeitbereich

Wir wollen verbindliche Antidiskriminierungsarbeit an Schulen und Jugendzentren – mit Fortbildungen für Lehrkräfte, festen Kooperationspartnern wie z.B. SCHLAU Bonn und langfristiger Finanzierung für gendersensible Bildungsarbeit. Projekte gegen Sexismus, Queerfeindlichkeit und Rassismus gehören nicht ins Projektregal, sondern in den Alltag aller Bildungseinrichtungen.

Aufklärung zur Situation queerer Personen

Die Linke Bonn fordert, dass queere Themen altersgerecht und durch externe Fachstellen regelmäßig vermittelt werden. Wir wollen, dass städtische Schulen zu Schutz- und Lernräumen für alle Kinder und Jugendlichen werden, unabhängig von geschlechtlicher Identität oder sexueller Orientierung.

Kritik an Geschlechterrollen & Männlichkeitsidealen

Wir unterstützen Projekte, die mit Geschlechternormen aufräumen, Männer zur Care-Arbeit ermutigen und Schönheitsideale hinterfragen. Jungen- und Männerarbeit muss Teil feministischer Bildungsarbeit sein, auch in Freizeitstätten und Sportvereinen sowie in der politischen Bildung.

5. Migration

- *Was plant Ihre Partei zur Förderung und zum Empowerment von Mädchen, Frauen und Queers mit Migrationsgeschichte?*
- *Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, um die Betroffenen von Menschenhandel zu unterstützen?*
- *Welche vorbeugenden Maßnahmen empfiehlt Ihre Partei gegen Zwangsheiraten?*
- *Plant Ihre Partei für migrantische Erziehungsverantwortliche mehr Sprachkurse mit Kinderbetreuung zur Verfügung zu stellen? Welche Vorschläge haben Sie, um die Anbieter von Sprachkursen zu entsprechenden Angeboten zu verpflichten?*

Förderung und Empowerment von Mädchen, Frauen und Queers mit Migrationsgeschichte

Wir machen migrationsbedingte Diskriminierung sichtbar – insbesondere, wenn sie intersektional mit Sexismus, Queerfeindlichkeit oder Armut verknüpft ist. Deshalb fordern wir:

- einen *Empowerment-Fonds für migrantische FLINTA-Initiativen**, z. B. für Selbstorganisationen, Community-Projekte oder Beratungsarbeit
- die dauerhafte Finanzierung von Einrichtungen wie Azade oder TuBF, die spezifische Unterstützung für migrantische und queere Frauen leisten
- kostenfreie, muttersprachliche Beratung in Schutzräumen und Behörden sowie einen Zugang zu psychologischer Unterstützung ohne bürokratische Hürden

Unterstützung für Betroffene von Menschenhandel

Betroffene brauchen Schutz, keine Abschiebung. Wir fordern sichere Wohnformen, rechtliche Begleitung, Zugang zu psychosozialer Hilfe und eine klare Abgrenzung zu repressiven ausländerrechtlichen Verfahren. Dabei setzen wir auf Kooperation mit spezialisierten Beratungsstellen und auf langfristige, vertrauensbasierte Unterstützungsangebote – auch für queere Geflüchtete.

Vorbeugende Maßnahmen gegen Zwangsheiraten

Prävention beginnt mit Bildung und Zugang zu Unterstützung. Deshalb wollen wir:

- niedrigschwellige Informationsangebote an Schulen & Jugendzentren
- mehrsprachige, kultursensible Präventionsarbeit in Kooperation mit FLINTA*-Organisationen
- einen besser sichtbaren Notfall-Zugang zu Schutzunterkünften

Sprachkurse mit Kinderbetreuung

Wir fordern, dass alle Träger von Sprach- und Integrationskursen verpflichtet werden, Kinderbetreuung anzubieten, und zwar kostenlos und flexibel. Die Stadt Bonn soll Zuschüsse bereitstellen, damit diese Kurse auch für Alleinerziehende, Care-Arbeitende und prekär Beschäftigte zugänglich sind. Bildung muss als Grundrecht gelten, nicht als Privileg.

6. Gesundheit

- *Was kann nach Meinung Ihrer Partei in Bonn getan werden, um die reproduktiven Rechte von Frauen zu stärken? Welchen Bedarf sieht Ihre Partei, in Bonn einen für alle zugänglichen, wohnortnahen und diskriminierungsfreien Schwangerschaftsabbruch als Teil der medizinischen Grundversorgung zu gewährleisten?*
- *Welche Maßnahmen schlägt Ihre Partei vor, um bedarfsgerechte geburtshilfliche Versorgung vor Ort zu gewährleisten?*
- *Welche Konzepte hat Ihre Partei entwickelt, um Schwangerschaft, Geburt und frühe Kindheit in künftigen Pandemieplänen besser zu berücksichtigen?*
- *Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um die soziale und gesundheitliche Unterstützung von Migrant*innen, People of Colour und ihren Kindern zu verbessern?*
- *Welche Pläne hat ihre Partei, um die soziale und gesundheitliche Unterstützung von queeren Personen zu verbessern?*
- *Wird sich Ihre Partei in Bonn für eine bessere gesundheitliche Versorgung für Frauen mit genitalen Verstümmelungen einsetzen, zum Beispiel durch die Schaffung einer zentralen Anlaufstelle mit gut ausgebildetem Fachpersonal?*

Reproduktive Rechte stärken & diskriminierungsfreien Schwangerschaftsabbruch sichern

Wir fordern: Schwangerschaftsabbrüche müssen wohnortnah, diskriminierungsfrei und kostenlos zugänglich sein – als Teil der medizinischen Grundversorgung. In Bonn gibt es bisher zu wenige Anlaufstellen, die Betroffene respektvoll und ohne Stigmatisierung behandeln. Die Linke Bonn setzt sich ein für:

- die Einrichtung eines medizinisch versorgten Zentrums für sexuelle und reproduktive Gesundheit

- die städtische Finanzierung anonymer, barrierefreier Beratung
- Unterstützung auf Bundesebene für die Streichung von §218 StGB - mit Modellprojekten auch in Bonn

Geburtshilfe sichern - wohnortnah & traumasensibel

Wir wollen, dass Bonn Geburten wieder als selbstbestimmten und geschützten Prozess organisiert. Dafür fordern wir:

- die Einrichtung eines hebammengeleiteten Geburtshauses mit Kassenanbindung
- mehr Personal und bessere Bezahlung in der klinischen Geburtshilfe
- eine unabhängige Beschwerde- und Anlaufstelle bei Gewalt in der Geburt
- Nachsorgezentren für die Zeit nach der Geburt, auch für queere, migrantische oder belastete Familien

Frühe Kindheit & Schwangerschaft in Pandemieplänen berücksichtigen

Krisen wie die Corona-Pandemie haben gezeigt: Schwangere und Familien mit kleinen Kindern wurden systematisch übersehen. Wir fordern, dass künftige Pandemie- und Katastrophenpläne explizit die Bedürfnisse von Schwangeren, Gebärenden und jungen Familien berücksichtigen – mit gesichertem Zugang zu Betreuung, medizinischer Versorgung und psychosozialer Unterstützung.

Gesundheitliche Versorgung von Migrant*innen, People of Colour und ihren Kindern

Gesundheit darf nicht vom Aufenthaltsstatus oder Einkommen abhängen. Deshalb fordern wir:

- die Einrichtung kommunaler Gesundheitskioske und mobiler Angebote in besonders benachteiligten Stadtteilen
- anonyme und kostenlose medizinische Hilfe für nicht versicherte Menschen – den AKS werden wir dauerhaft finanzieren und die Angebote ausbauen
- traumasensible Versorgung, die rassismuskritisch und mehrsprachig arbeitet
- gezielte Förderung migrantischer Selbstorganisationen im Gesundheitsbereich

Queere Gesundheit stärken

Queere Personen erleben häufig Diskriminierung im Gesundheitssystem. Deshalb fordern wir:

- queersensible Fortbildungen für medizinisches Personal
- den Ausbau von Angeboten zu mentaler Gesundheit, Transition, Sexualität und Schutz vor Gewalt
- eine kommunale Strategie für queere Gesundheit, entwickelt gemeinsam mit queeren Fachstellen und Gruppen in Bonn

Gesundheitliche Versorgung für Frauen mit genitaler Verstümmelung (FGM)

Wir setzen uns ein für:

- eine zentrale Anlaufstelle für Betroffene von FGM in Bonn - mit psychologischer, medizinischer und juristischer Unterstützung
- qualifiziertes Fachpersonal
- enge Kooperation mit migrantischen Organisationen, um Aufklärung, Prävention und Versorgung langfristig zu sichern

7. Wirtschaft

- *Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um den Anteil von Frauen und queeren Personen unter den Gründerinnen zu erhöhen?*
- *Welche Beratungs-, Unterstützungs- und Qualifizierungsangebote sieht Ihre Partei für Erwerbslose mit Betreuungs- und Pflegeverantwortung vor?*
- *Durch welche Möglichkeiten sollte nach Ansicht Ihrer Partei, die Vereinbarkeit von Beruf und Betreuungs-, Sorge-, Freundschafts- und Gesellschaftsarbeit besser unterstützt werden?*
- *Was plant Ihre Partei, um den Anteil von Frauen und queeren Personen unter den Gründerinnen zu erhöhen?*

Gründung ist nicht geschlechtsneutral, sie ist oft männlich dominiert, kapitalintensiv und wenig vereinbar mit Care-Arbeit. Wir setzen uns für die paritätische Vergabe von Wirtschaftsfördermitteln ein – mit Bonuspunkten für sozial, ökologisch und gendergerecht aufgestellte Initiativen.

Welche Beratungs-, Unterstützungs- und Qualifizierungsangebote sieht Ihre Partei für Erwerbslose mit Betreuungs- und Pflegeverantwortung vor?

Erwerbslose FLINTA*-Personen mit Care-Verpflichtungen werden oft aus dem Arbeitsmarkt gedrängt oder vom Jobcenter unter Druck gesetzt. Unsere Forderungen:

- Einführung von Teilzeit-Qualifizierungsprogrammen, die familienfreundlich sind und sich an den realen Lebenssituationen orientieren
- Beratung durch traumasensible, gendersensible und rassismuskritische Fachkräfte im Jobcenter
- Einsatz für die kommunalisierte Arbeitsvermittlung (Jobcenter in kommunaler Trägerschaft), um eine solidarische Unterstützungskultur zu etablieren
- gezielte Programme für alleinerziehende und migrantische FLINTA, die gleichzeitig betreuen, arbeiten und leben müssen

Wie sollte die Vereinbarkeit von Beruf, Betreuung, Sorge-, Freundschafts- und Gesellschaftsarbeit besser unterstützt werden?

Vereinbarkeit ist mehr als Kita und Gleitzeit – sie ist eine Frage von Zeitpolitik, Infrastruktur und gerechter Arbeitsteilung. Wir setzen uns ein für:

- flächendeckende, kostenlose und bedarfsorientierte Kinderbetreuung, auch in Randzeiten
- stärkere Förderung von Sorgearbeit in der Kommune - z. B. durch lokale Sorgezentren, Freiräume und Ehrenamtsstrukturen
- den Ausbau von betrieblichen und städtischen Arbeitszeitmodellen, die nicht auf Präsenzkultur basieren
- eine sichtbare Aufwertung von Care-Arbeit in städtischer Öffentlichkeitsarbeit, Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktpolitik
- langfristig: eine Gesellschaft, in der Menschen nicht mehr ihre Sorgearbeit um den Job herum organisieren müssen, sondern umgekehrt

8. Kultur

- *Wird sich Ihre Partei verstärkt für die Förderung von weiblichen und queeren Kulturschaffenden und ihrer Werke einsetzen? Wenn ja, wie?*
- *Plant ihre Partei, das Bonner Frauenmuseum und das Bonner Haus der Frauengeschichte nachhaltig finanziell abzusichern?*

Wird sich Ihre Partei verstärkt für die Förderung von weiblichen und queeren Kulturschaffenden und ihrer Werke einsetzen? Wenn ja, wie?

Ja – für Die Linke Bonn ist Kultur nicht neutral, sondern spiegelt Machtverhältnisse wider. Deshalb setzen wir uns für eine gezielte Umverteilung städtischer Fördermittel zugunsten von FLINTA- und queeren Künstlerinnen** ein. Unsere konkreten Maßnahmen:

- 50 % FLINTA-Quote in allen städtischen Kulturjürs, Beiräten und Auswahlgremien
- Erhöhte Chancen für leitende Positionen im städtischen Kulturbetrieb
- Förderung von queeren und feministischen Formaten in der freien Szene, z. B. Theater, Musik, Stadtteilarbeit, queerer Film

Kunst und Kultur müssen auch unterrepräsentierten Stimmen Raum geben – nicht nur auf Antrag, sondern durch strukturelle Veränderung der Förderpraxis.

Plant Ihre Partei, das Bonner Frauenmuseum und das Haus der Frauengeschichte nachhaltig finanziell abzusichern?

Das Frauenmuseum ist ein bundesweit einzigartiger Ort feministischer Kultur und Erinnerung, der weiterhin auch von der Stadt gesichert werden muss. Der Förderung weiterer feministischer Organisationen bzw. Institutionen stehen wir offen gegenüber, denn Projektmittel allein reichen nicht aus. Wir setzen uns zudem für eine bessere Sichtbarkeit solcher Orte in der Bonner Tourismus- und Bildungspolitik ein.

9. Internationales

- *Wie setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass die Stadt Bonn die ortsansässigen Entwicklungsvereine besser unterstützt, die sich für Geschlechtergerechtigkeit in ihren Projekten mit Südpartnern einsetzen?*
- *Wie plant Ihre Partei sich dafür einzusetzen, dass die Städtepartnerschaftsdelegationen die Diversität der Stadtgesellschaft ausdrücken und dass gezielt Austauschveranstaltungen zum Thema Geschlechtergerechtigkeit stattfinden?*
- *Als UNO- und Konferenz-Stadt ist die Stadt Bonn in zahlreichen Netzwerken aktiv. Welche Vorschläge hat ihre Partei, wie die Stadt Bonn das Thema Geschlechtergerechtigkeit in diesen Netzwerken verstärkt einfordern kann?*

Wie setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass die Stadt Bonn die ortsansässigen Entwicklungsvereine besser unterstützt, die sich für Geschlechtergerechtigkeit in ihren Projekten mit Südpartnern einsetzen?

Bonn ist nicht nur UN-Stadt, sondern auch eine Stadt mit engagierter entwicklungspolitischer Zivilgesellschaft. Wir setzen uns für eine strukturelle Stärkung der lokalen Süd-Nord-Kooperationen ein – insbesondere dort, wo feministische und gendergerechte Ansätze verfolgt werden.

Die Linke Bonn fordert:

- einen kommunalen Fördertopf für Projekte von Bonner Initiativen, die mit Partnern im Globalen Süden geschlechtergerechte Entwicklungsarbeit leisten
- die langfristige finanzielle Absicherung von Fachstellen im Bereich Migration & Gender
- eine koordinierte Öffentlichkeitsarbeit der Stadt, die feministische Initiativen in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit sichtbar macht

Wie plant Ihre Partei, sich dafür einzusetzen, dass die Städtepartnerschaftsdelegationen die Diversität der Stadtgesellschaft ausdrücken und gezielt Austauschveranstaltungen zum Thema Geschlechtergerechtigkeit stattfinden?

Städtepartnerschaften sind wichtige Räume internationaler Zusammenarbeit, aber oft wenig divers besetzt.

Wir setzen uns dafür ein, dass:

- Städtepartnerschaftsdelegationen sollten, wie alle Gremien, geschlechterparitätisch und vielfältig besetzt werden, z. B. mit FLINTA*-Personen, Menschen mit Migrationsgeschichte und queeren Personen
- geschlechterpolitische Themen explizit Teil der Austauschprogramme werden, etwa durch queere Jugendbegegnungen, feministische Kulturprojekte oder Workshops mit Partner*innen
- die Städtepartnerschaften genutzt werden, um intersektionale feministische Perspektiven zu stärken – nicht nur in Bonn, sondern auch in den Partnerstädten

Welche Vorschläge hat Ihre Partei, wie die Stadt Bonn das Thema Geschlechtergerechtigkeit in internationalen Netzwerken stärker einfordern kann?

Als UNO- und Nachhaltigkeitsstadt hat Bonn eine besondere Verantwortung, Gleichstellung international sichtbar zu machen. Wir fordern:

- dass Bonn einen „Gender & Inclusion“-Bericht oder Anträge im Bereich in ihre Aktivitäten in internationalen Netzwerken wie z.B. Mayors for Peace einbringt
- dass internationale Konferenzen in Bonn (z. B. zum Klima oder zu SDGs) systematisch gendergerecht organisiert werden – bei Redner*innen, Panels, Rahmenprogramm und Sprache